

Rede  
Nr. 015/2025  
Kiel, 29.01.2025

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## Die Regierung geht den Tierheimen ans Leder

*„Die prekäre Situation unserer Tierheime ist uns allen längst bekannt. Immer wieder wurde hier im Landtag diskutiert, wie den Tierheimen dauerhaft geholfen werden kann. Seit Jahren platzen sie aus allen Nähten. Sie leisten einen unermüdlichen Einsatz – zum größten Teil ehrenamtlich. In diesem Punkt herrscht Einigkeit in diesem hohen Haus. Doch es hapert am Willen der Koalition hier nachhaltig und dauerhaft für Hilfe zu sorgen.“*

Dr. Michael Schunck zu TOP 3+29+36+39+46 - Haushaltberatung 2025  
(Einzelplan 08)

Die fetten Jahre des Landeshaushaltes sind vorbei, das wissen wir. Sparmaßnahmen sind angebracht und notwendig, um den Haushalt zusammenzuhalten und ihn Verfassungskonform zu gestalten – das ist unbestritten. In Zeiten knapper Mittel stellt sich jedoch immer die Frage, wo der Sparhebel angesetzt wird. Weite Teile der Bevölkerung wissen kaum noch, wie sie über die Runden kommen sollen. Die Krisen sind überall spürbar, denn alles wird teurer. Die Energiekrise hat die Energiepreise explodieren lassen. Diese Kostensteigerungen wirken sich entsprechend auf die Nahrungsmittelproduktion aus, so dass es bei Lebensmitteln auch zu Preiserhöhungen kommt. Letztendlich verzeichnen wir generelle Kostensteigerungen, so dass Verbraucherinnen und Verbraucher in allen Bereichen betroffen sind, und das stellt viele vor große finanzielle Herausforderungen. Wir brauchen Anlaufstellen, wo eine unabhängige Beratung gewährleistet ist. Sei es Energieberatung, in Fragen zu Finanzen

oder Versicherungen. Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein ist diese Anlaufstelle bei uns im Land. Sie bietet hilfeschuchenden Bürgerinnen und Bürgern kompetente und unabhängige Beratung, die gerade in diesen Zeiten sehr gefragt und notwendig ist. Wir sehen diese Notwendigkeit und daher wollen wir die finanzielle Ausstattung bei der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V. dahingehend erhöhen, dass sie auch wirklich in die Lage versetzt wird ihre originären Beratungsaufträge erfüllen zu können. Die unabhängige Verbraucherberatung darf nicht den Sparzwängen der Landesregierung zum Opfer fallen. Den Menschen muss dort Hilfe angeboten werden, wo sie benötigt wird.

Die prekäre Situation unserer Tierheime ist uns allen längst bekannt. Immer wieder wurde hier im Landtag diskutiert, wie den Tierheimen dauerhaft geholfen werden kann. Seit Jahren platzen sie aus allen Nähten. Sie leisten einen unermüdlichen Einsatz – zum größten Teil ehrenamtlich. In diesem Punkt herrscht Einigkeit in diesem hohen Haus. Doch es hapert am Willen der Koalition hier nachhaltig und dauerhaft für Hilfe zu sorgen. Wir als SSW haben im Sinne der Tierheime immer wieder Anläufe unternommen und finanzielle Lösungsvorschläge vorgelegt. Leider ohne Erfolg. Im Gegenteil, die Regierung setzt auch hier die Spar-Axt an und geht den Tierheimen ans Leder. So kommen wir nicht weiter. Wir müssen die Tierheime unterstützen, bis endlich dauerhafte finanzielle Strukturen geschaffen wurden. Doch weder von der Regierung noch von der Koalition kommen entsprechende Vorschläge. Das, was sie den Tierheimen mit ihrem Haushalt zumuten, ist unverständlich und kaum nachzuvollziehen. Sie verschärfen damit die Notlage der Tierheime um ein Weiteres. Sparmaßnahmen auf Kosten derer, die es dringend benötigen. Solange wir nicht nachhaltige Finanzierungsstrukturen für die Tierheime haben, werden wir uns weiter für den Betrieb von Tierheimen einsetzen. In diesem Sinne ist auch unser Haushaltsantrag zu verstehen

Den Austritt Schleswig-Holsteins aus der Nordseekommission hat der SSW bereits im letzten Jahr kritisiert, und wir halten es nach wie vor für einen Fehler. Dass die Landesregierung jetzt die Finanzierung für die Kommunikationsarbeit bei Interreg-Programmen für Nord- und Ostsee und den Aufbau neuer Städtepartnerschaften vorsieht, und das sogar mit einer ähnlichen Fördersumme wie für die Nordseekommission, finde ich absurd. Unser Bekenntnis zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wird unglaubwürdig, wenn wir bewährte Strukturen aufgeben, nur um ähnliche neu zu schaffen.

Die Nordseekommission ist für Schleswig-Holstein von zentraler Bedeutung in Bereichen wie Sicherheit, Fischerei, erneuerbare Energien und Klimaschutz. Statt neue Strukturen aufzubauen, sollten wir bestehende nutzen. Denn Interreg-Programme allein reichen nicht aus. Besonders mit Blick auf die aktuellen Aktivitäten rund um Grönland und die Arktis spielt eine enge Zusammenarbeit der Nordsee-Anrainer eine wichtige Rolle. In der

Nordseekommission treffen sich Akteure aller politischen Ebenen, um sich genau mit solchen Themen und vielen weiteren wie Umweltschutz und Erneuerbare Energien auszutauschen. Tatsächlich war auch diese Kommission maßgeblich am Nationalpark an der Westküste beteiligt. Es ist unverständlich, die Zusammenarbeit in der Nordseekommission aufzugeben, um dann neue Programme und Strukturen mit ähnlichen Summen zu fördern.